

## **Berliner Wissenschaftlerinnen-Initiative für Kind und Karriere**

Sinkende Geburtenzahlen und die zunehmende Alterung der deutschen Gesellschaft gehören seit einigen Jahren zu den wichtigsten Themen politischer Zukunftsdebatten. Gleichzeitig zeigt sich, dass Bildung in postindustriellen Gesellschaften rasant an Bedeutung gewinnt. Des Weiteren wird von den qualifizierten Arbeitnehmern und Fachkräften immer mehr Flexibilität und Mobilität verlangt. Unser soziales und wirtschaftliches Wohlergehen ist nur dann gesichert, wenn wir verstärkt in Bildung und Ausbildung investieren. Frauen jedoch, die sich beruflich weiterentwickeln, eine Ausbildung, ein Studium oder Fortbildungen absolvieren möchten, sehen sich nach wie vor häufig vor die Wahl zwischen Kind und Karriere gestellt. Der Mangel an hochqualifiziertem Personal und der Anteil von Frauen in leitenden Positionen werden sich aber nur zum Positiven ändern, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Karriere durch die Politik massiv gefördert wird.

Wir sind hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen, die sich nicht für Kind *oder* Karriere entschieden haben oder entscheiden wollen, sondern die in der Vereinbarkeit beider Lebensaufgaben ein gesellschaftliches Grundrecht sehen. Die Entscheidungsfreiheit der Frauen für oder gegen ein Kind wird von uns nicht in Frage gestellt. Unser Anliegen ist es jedoch, dafür zu sorgen, dass Frauen in Zukunft nicht mehr zugunsten des beruflichen Fortkommens auf Kinder verzichten oder ungewollte Kinderlosigkeit riskieren. Eltern sollen durch die Entscheidung für ein Kind nicht mehr beruflich zurückstecken müssen. Dafür brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Werteveränderung und Rahmenbedingungen, die es Eltern und allein Erziehenden ermöglichen, flexible und verschiedene Wege in der Gestaltung von Familie *und* Karriere zu gehen. Die Wissenschaftlerinnen mit Kindern unter uns sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem erfolgreichen Verlauf ihrer Karrieren und der Unterstützung durch Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie sie im Berliner Raum verstärkt angeboten werden.

Die folgenden acht Forderungen richten wir an alle verantwortlichen Politiker und stellen sie damit öffentlich zur Diskussion:

1. Wir fordern ein gesetzlich festgeschriebenes Recht auf erschwingliche und flexible Kinderbetreuung durch pädagogisch geschultes Personal ab dem Ende des Mutterschutzes bzw. ab dem 3. Lebensmonat des Kindes und dessen flächendeckende Umsetzung.
2. Kinder müssen bereits im Vorschulalter optimal gefördert und die von den Betreuern erbrachte Erziehungsleistung stärker gewürdigt werden. Anzustreben ist eine vertiefte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, zum Beispiel an Fachhochhochschulen, um sie umfassender auf das gesamte zu leistende Aufgabenspektrum vorzubereiten.
3. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen mit überzeugenden pädagogischen Konzepten und deutlich mehr Personal (zum Beispiel Bachelor-Absolventen). Schulkinder sollen bis einschließlich sechste Klasse zuverlässig bis mindestens 17 Uhr betreut und ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend gefördert werden.
4. Die vom Gesetzgeber bereits erlassenen Teilzeitregelungen für Eltern müssen von der Politik durch gezielte Förderung bei den Arbeitgebern ergänzt werden. Wir fordern zudem eine Informationspflicht zu bestehenden Möglichkeiten der Arbeitszeitreduktion seitens des Arbeitgebers. Für befristete Arbeitsverhältnisse fordern wir eine automatische Vertragsverlängerung um die durch Teilzeit eingesparte Zeit.

5. Gleitarbeitszeit als Form der kreativen Arbeitszeitgestaltung sowie flexible Formen der qualifizierten Kinderbetreuung müssen von der Politik und den Arbeitgebern gefördert werden. Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Universitäten sollten hierbei eine führende und beispielgebende Rolle spielen. Kernarbeitszeiten sind hinsichtlich der Koordinierung von Arbeitsprozessen, Pflichtveranstaltungen und Besprechungen zu definieren und einzuhalten, um die familiäre Betreuung der Kinder außerhalb der Kernarbeitszeiten zu gewährleisten. In vielen Arbeitsbereichen ist dies ohne Verlust an Produktivität möglich.
6. Im wissenschaftlichen Bereich müssen Altersgrenzen, zum Beispiel für Ausbildungsprogramme, Stipendien, Einstellungen usw., durch Zeitgrenzen für Qualifikationsphasen ersetzt werden. Erziehungsarbeit (auch berufstätiger Eltern) muss dabei konsequent anerkannt werden, um die Entscheidung für Kind *und* Karriere nachhaltig zu unterstützen.
7. Es sollte zur gesellschaftlichen Norm werden, dass Männer einen gleichberechtigten Anteil der alltäglichen Erziehungs- und Hausarbeit übernehmen. Dafür brauchen sie mehr Akzeptanz, Anerkennung und Unterstützung von Politik und Gesellschaft.
8. Wir fordern darüber hinaus mehr Anerkennung, Ressourcen und entsprechende rechtliche Regelungen für berufstätige Menschen, die ihre Eltern oder andere Angehörige pflegen.

Wir brauchen zukunftsorientierte Konzepte für die Vereinbarkeit von Familie *und* Karriere. Diese können sich in neuen Formen der Motivation, Präsentation von positiven Vorbildern, Mentoring und positiv geführten Diskussionen im beruflichen Umfeld entwickeln, um Eltern im Berufsleben zu unterstützen.

Als positives Signal werten wir die Einführung des Elterngeldes, das es berufstätigen Frauen ermöglicht, Kinder zu bekommen, ohne erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen oder sich in finanzielle Abhängigkeiten begeben zu müssen. Nachbesserungsbedarf sehen wir hier allerdings für die Zeit nach dem ersten Lebensjahr und für Personengruppen wie Erwerbslose oder Studierende. Sie sollten nicht schlechter gestellt werden als nach der alten Regelung, zumal auf Grund der üblichen Befristungen von Arbeitsverträgen auch hoch qualifizierte Personen häufig von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Positive Vorbilder sind für uns Länder wie Schweden oder Dänemark, die bereit sind, deutlich mehr in die Kindererziehung und in die Flexibilisierung des Arbeitsalltags zu investieren als dies bisher in der Bundesrepublik der Fall war.

Wir begrüßen die von den Wissenschaftsorganisationen (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Hochschulrektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Wissenschaftsrat) initiierte Offensive für Chancengleichheit und erwarten eine zügige Durchsetzung von Maßnahmen für eine leistungs-, gleichstellungs- und familienorientierte Umgestaltung des Wissenschafts- und Forschungssystems.

Wir fordern alle verantwortlichen Politiker dazu auf, die von uns genannten Punkte gesetzlich neu zu regeln bzw. gezielt ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

**Erstunterzeichnerinnen:**

Dr. med. Patricia Grabowski, Assistenzärztin, Charité, ein Kind

Dr. rer. nat. Natalie Hempel de Ibarra, Biologin, FU Berlin, zwei Kinder

Dr. phil. Angelika Lohwasser, Ägyptologin, FU Berlin, drei Kinder

Dr. rer. nat. Gudrun Massmann, Geologin, FU Berlin, ein Kind  
Dr. rer. nat. Birgit Stürmer, Psychologin, HU Berlin, zwei Kinder  
Prof. Dr. Caren Tischendorf, Mathematikerin, Universität Köln  
PD Dr. Annette Vowinckel, Historikerin/Kulturwissenschaftlerin, HU Berlin, zwei Kinder

**Für das ProFiL-Netzwerk:**

Rasha Abdel Rahman  
Anja Bandau  
Luisa Bengtsson  
Inka Bormann  
Yasemin Boztug  
Kathrin Bracht  
Nathalie Bredella  
Nicole Dehé  
Susan Draeger  
Antje Flieger  
Barbara Fritz  
Leticia González  
Susanne Hähnchen  
Kati Hannken-Illjes  
Heidrun Herzberg  
Sabine Hilt  
Petra Hofstedt  
Ruth Janal  
Cornelia Kappler  
Birgit Kleinschmidt  
Charlotte Kloft  
Michi Knecht  
Christiane Koch  
Birgit Krawietz  
Sophie Kröger  
Caroline Lasser  
Susanne Lau  
Gerlind Lehmann  
Sieglinde Lemke  
Andrea Liese  
Kerstin Maaser  
Claudia Näser  
Michal Or-Guil  
Kerstin Rabenstein  
Kristin Reinke  
Esther Rosenthal  
Esther Ruiz Ben  
Susanne Schattenberg  
Mirjam Schaub  
Renate Söllner  
Ulrike Stadtmüller  
Heike Twele  
Kerstin Weinberg  
Heike Wiese  
Annegret Wilde